

Deutscher Antisemitismus 2016-2025

Vorbemerkung

Ich werde *nicht* erörtern, welche Taten antisemitisch sind und welche nicht.
Ich werde *nicht* erörtern, ob eine Antisemitismus-Definition „richtig“ oder „falsch“ ist.

Noch weniger werde ich erörtern, was Antisemitismus ist.

Ich werde lediglich erörtern, wie mit dem Label „Antisemitismus“ zur Zeit in Deutschland gearbeitet (umgegangen) wird.

Spot 1

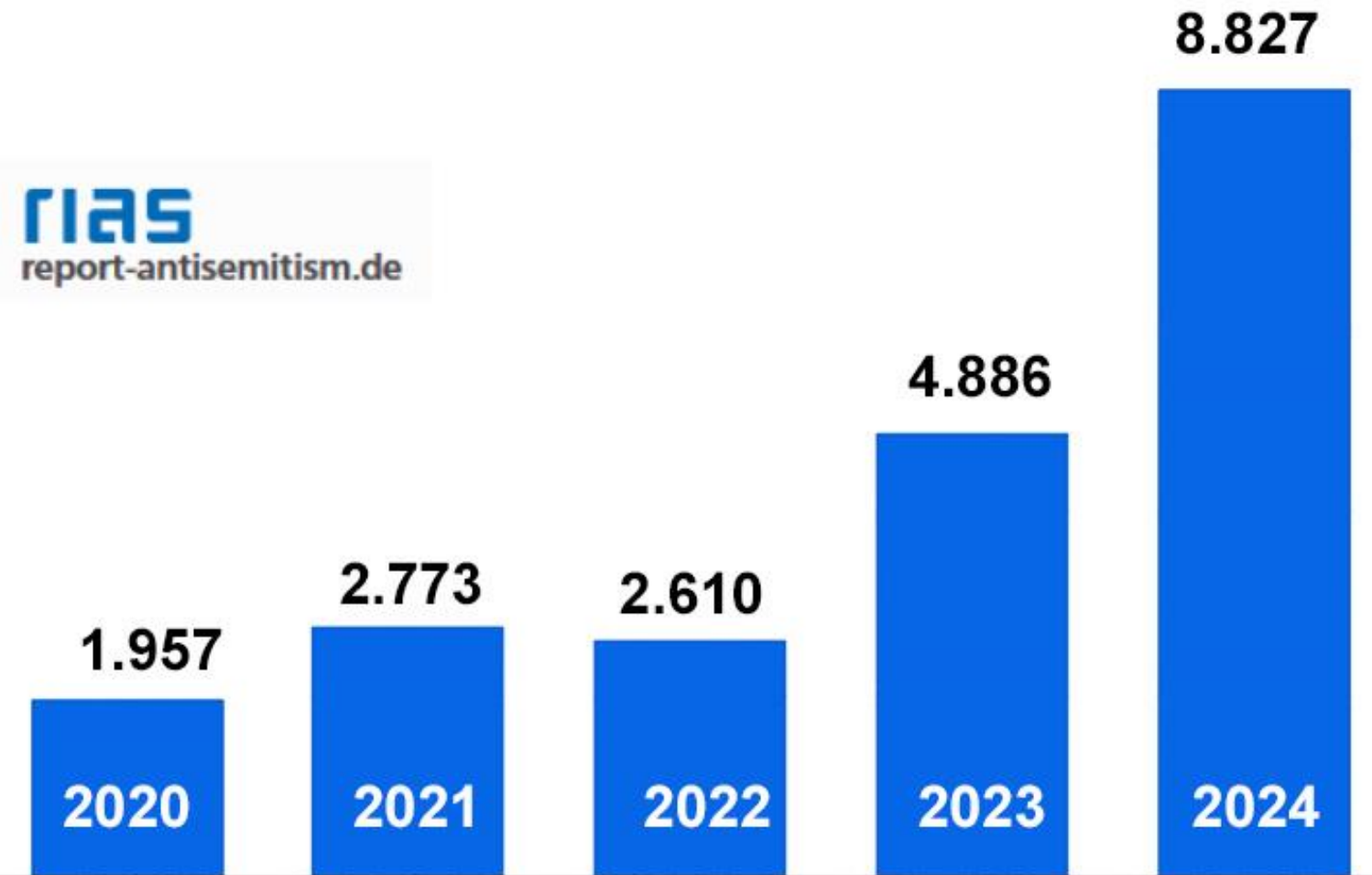
Hanser-Verlag an David Baddiel (Autor des Buches „Und die Juden?“):

„Meldet sich ein Jude in einer Debatte zu Wort und bringt seine Meinung zum Ausdruck, verfallen die Menschen wie in einem Theater in Schweigen; **es gibt nichts Schlimmeres, als Antisemit genannt zu werden**“.

Spot 2

Seit 2000 wird alljährlich die Zunahme von Antisemitismus in der Bundesrepublik beklagt.

Bei RIAS gemeldete Antisemitische Vorfälle



Spot 2

Seit 2000 wird alljährlich die Zunahme von Antisemitismus in der Bundesrepublik beklagt. Was können die Ursachen sein?

- Antisemitismus nimmt „wirklich“ zu.
- Die Sensibilität gegenüber Antisemitismus nimmt zu.
- Es gibt mehr „Instrumente“ zur Erfassung von Antisemitismus (z.B. die RIAS-Meldestelle, Antisemitismus-Beauftragte...).
- Antisemitismus wird ein zunehmend medial interessantes Thema.
- Es gibt eine Lobby, die an zunehmendem Antisemitismus interessiert ist.
- **Die Definition dessen, was Antisemitismus ist, wird ausgeweitet.**

In der BRD tobt ein Kampf um die **Definitionsheut**, wer wann als „Antisemit“ zu etikettieren ist.

Die Diskussion kristallisiert sich im Grunde

- nicht so sehr um die Juden in Deutschland,
- sondern um das deutsch-israelische Verhältnis.

Konkret geht es vor allem

- um die Bekämpfung der BDS-Kampagne und
- die Eindämmung von Israelkritik durch die Staatsräson.

Timeline:

9.7.2005 ca. 200 palästinensische NGO's etc. geben die Erklärung „**Boycott, Divestment and Sanctions**“ (BDS) ab.

26.5.2016 beschließt die „**Holocaust Remembrance Association**“ (IHRA) eine „nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition“ von Antisemitismus.

2017 ergänzt die Bundesregierung die IHRA-Definition (um den „Staat Israel“).

15.5.2019 schließt sich der Bundestag der IHRA-Definition an und verurteilt die BDS-Bewegung als antisemitisch.

18.12.2020 stellt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags fest, dass von diesem Beschluss keine „Rechtswirkung“ ausgehen kann.

März 2021 veröffentlichen 210 (jüdische) Wissenschaftler*innen die „**Jerusalem Declaration on Antisemitism**“ (JDA) als Reaktion auf IHRA.

12.5.2025 beschließt Die Linke die JDA-Definition zu benutzen.

Warum gibt es diesen Streit um die Definitionen von Antisemitismus gemäß der Internation Holocaust Remeberance Association (IHRA) und der Jerusalem Declaration on Antisemitism (JDA) ?

Erstens: je nach „Definition“

- ist die BDS-Bewegung antisemitisch oder nicht „per se“,
- wird Israelkritik unterschiedlich eingeschätzt,
- ist Antisemitismus eine Art von Rassismus oder etwas ganz anderes.

Zweitens: ist die IHRA „unscharf“ und lässt den Akteuren einen großen *informellen* Spielraum,

- denn die IHRA-Definition ist erklärtermaßen nicht „rechtsverbindlich“,
- rechtlich relevant sind antisemitische Straftaten und nicht Antisemitismus,
- die deutsche Staatsräson ist nicht justiziabel.

Was will diese „BDS-Kampagne“?

Erklärung des BDS vom 9.7.2005

als Reaktion auf den Beschluss des IGH vom 9.7.2004 zum „Mauerbau“

Boykott als „gewaltlose Strafmaßnahme“ gegen Israels Verletzungen von Völkerrecht usf. Forderungen:

- Mauer abreißen (gem. Urteil des IGH-Urteil von 2004)
- Besetzung allen arabischen Landes beenden (gem. div. UN-Resolutionen)
- Gleichberechtigung der arabischen Bürger*innen Israels („Apartheid“)
- Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge (gem. UN-Resolution 194)

Was will diese „BDS-Kampagne“?

Warum ist diese Kampagne so schlimm?

- impliziter Vorwurf der Apartheid (Westjordanland oder Israel?)
- impliziter Vorwurf des Kolonialismus
- Boykott-Idee: Vergleich von Israel mit Südafrika
- Prinzip „Taten statt Worten“
- Rückkehrforderung: „einfach nicht machbar!“

Die International Holocaust Remembrance Association

Ausgangspapier ist die „Stockholmer Erklärung“ von 2000: „Verpflichtung, die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten“.

Die Association“ ist eine „intergovernmental organization with 35 Member Countries“, z.B. Bundesrepublik seit 1998.

Das Auswärtige Amt schickt zu den diversen Sektionen Vertreter*innen.

Am **26. Mai 2016** verabschiedete das IHRA-Plenum in Bukarest eine „nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus“.

Die Jerusalem Declaration on Antisemitism

... wurde im März 2021 als Reaktion auf die IHRA-Arbeitsdefinition von 210 Wissenschaftler*innen (überwiegend Jüdinnen und Juden) erarbeitet.

“Weil die IHRA-Definition in entscheidenden Punkten unklar ist und ein breites Spektrum an Interpretationen eröffnet, hat sie viel Verwirrung und Kontroversen gestiftet, was den Kampf gegen Antisemitismus schwächte. Indem wir den Begriff “Arbeitsdefinition” ernst nahmen, haben wir ersucht, eine klarere Definition und einen kohärenten Set von Richtlinien (Beispielen) zu formulieren.

(Inzwischen gibt es 357 Unterzeichner*innen.)

Wodurch unterscheiden sich IHRA und JDA?

Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich **als Hass** gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann.

Antisemitismus ist eine Eigenschaft einer Person (des **Antisemiten**), die mit psychologischen Kategorien („Hass“) zu fassen ist.

Antisemitismus ist **Diskriminierung**, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden.

Antisemitismus ist eine Form des Rassismus (vgl. aktuelle Rassismus-Definitionen!), die einen **Juden** „betrifft“.

Jede Definition enthält einen Beispiel-Katalog

Antisemitisch ist

...die **Dämonisierung** Israels als Folge von dämonisierenden Anschuldigungen gegenüber Juden.

...die Aberkennung des **Existenzrechts** des Staates Israel.

...einzelne Juden für das Handeln des **Staates Israel** verantwortlich machen.

...**doppelte Standards** an den Staat Israel anlegen.

Es ist nicht „per se“ antisemitisch

...auf mögliche **rassistische Diskriminierung** in Israel hinzuweisen.

...der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich **Siedlerkolonialismus** oder **Apartheid**.

Boykott, Desinvestition und Sanktionen (=BDS) sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.

Beschluss des Bundestags am 15. Mai 2019 zu BDS

„Der allumfassende Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur **Brandmarkung** israelischer Staatsbürger*innen jüdischen Glaubens als Ganzes. Dies ist inakzeptabel.

Die Methoden der BDS-Bewegung sind **antisemitisch**, denn die Aufrufe zum Boykott israelischer Künstler*innen ... erinnern an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte“ [gemeint: „kauft nicht bei Juden!].

Der Bundestag verurteilt die antisemitischen Äußerungen, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber Ausdruck des **Hasses** auf jüdische Menschen und ihre Religion sind.“

Beschluss auf dem Parteitag Die Linke am 10. Mai 2025



„Getrieben von Israelhass“

Skandal-Beschluss der Linken bei Parteitag



„Die Ignoranz der Linkspartei gegenüber der jüdischen Gemeinschaft, in der die IHRA-Definition weltweit anerkannt ist, zeigt einen radikalen Kern der Partei, der – **getrieben von Israelhass** – dazu beiträgt, den Antisemitismus unserer Zeit zu verschweigen.“

Beschluss auf dem Parteitag Die Linke am 10. Mai 2025

Antisemitismus-Definition



„Wir unterstützen die Linke im Antisemitismus-Streit“

Dokumentation: 55 Wissenschaftler unterstützen die Linkspartei, die sich zu der Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus (JDA) bekannt hat.

„Weltweit besteht breiter wissenschaftlicher Konsens darüber, dass es der IHRA-Definition an Klarheit mangelt und sie eher als politisches Instrument eingesetzt wird, statt als pädagogisches Hilfsmittel und als präzise Definition von Antisemitismus zu dienen.“

„Dass die IHRA-Definition von Regierungen angenommen wurde, ist weitgehend **Ergebnis politischer Kampagnen** von Akteuren im Einklang mit der israelischen Regierung.“

Die Eigentümlichkeit der IHRA-Arbeitsdefinition

Die „**Unklarheit**“ der **IHRA-Definition** hat **System**, da man Antisemitismus jenseits des geltenden Rechtssystems bekämpfen muss. Der Antisemitismus ist ja nur dann strafbar, wenn er zu einer Straftat führt. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellte am 25.12.2020 fest, dass von dem BDS-Beschluss keine Rechtsverpflichtung ausgehen kann.

Die Folge ist:

- „BDS-nahe“ oder israelkritische EVENTS werden in einem rechtsfreien Raum bekämpft. Das sieht oft so aus, dass im Vorfeld eines EVENTS medial wirksame Kampagnen initiiert werden, die zu einem Rückzieher der Veranstalter*innen führen.
- Die JDA-Autor*innen sehen in diesem „informellen“ Vorgehen die Meinungsfreiheit beschädigt.

Die im Folgenden aufgeführten

Beispiele

sollen zeigen, wie mit der Unschärfe der IHRA-Definition in Deutschland in einem rechtsfreien Raum medial, psychologisch und politisch gearbeitet wird.

Beispiel 1 Oldenburg 2016



ESG und GEW ziehen ihre Bereitschaft, einen BDS-Vortrag stattfinden zu lassen, aufgrund einer Medienkampagne zurück.

Beispiel 1 Oldenburg 2016



- Christoph Glanz will beim Oldenburger ESG einen Vortrag „Unrecht dokumentieren – Gerechtigkeit einfordern“ halten.
- Eine Studentin von der deutsch-israelischen Gesellschaft klagt dagegen.
- Das Gericht gibt der Studentin *nicht* Recht.
- Die ESG sagt die Veranstaltung trotzdem ab.
- Im GEW-Blättchen PädOL schreibt Glanz einen Artikel.
- Auf unbekannten Kanälen erfährt besagte Studentin noch vor der Auslieferung davon. Eine NWZ-Kampagne beginnt.
- Der GEW-Vorstand beschließt, das bereits gedruckte PädOL nicht auszuliefern.
- Der Herausgeber protestiert vergebens.
- Glanz wird an seinem Arbeitsplatz (IGS Flötenteich) einer Anhörung unterzogen, die im Nichts verläuft.

Beispiel 2 Laurie Anderson 2024

Um eine renommierte Künstlerin entbrennt eine Medienkampagne. Die Künstlerin hat es nicht nötig, sich beschimpfen zu lassen und zieht zurück.



Beispiel 2 Laurie Anderson 2024

- Laurie Anderson sollte ab April 2024 die **Pina-Bausch-Gastprofessur** an der Folkwang-Hochschule Essen wahrnehmen.
- Dann wurde bekannt, dass sie den Aufruf palästinensischer Künstlerinnen „Letter Against Apartheid“ unterzeichnet hat.
- Die Hochschule hat in einem gemeinsamen Dialog mit Laurie Anderson und der Pina Bausch Foundation diskutiert, inwieweit das geplante künstlerische Projekt Andersons an der Folkwang Universität der Künste umzusetzen und eine *ungestörte und konzentrierte* Arbeit zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist.
- „Vor dem Hintergrund der mittlerweile öffentlich gewordenen Frage nach ihrer politischen Haltung hat Laurie Anderson schließlich entschieden, sich von der Professur zurückzuziehen“ (Presseerklärung).
- “Diese Entscheidung haben sich die Folkwang Universität der Künste, die Pina Bausch Foundation und Laurie Anderson **nicht leicht gemacht**“.



Beispiel 3 Linda Martín Alcoff 2021



„Es geht auch anders!“

Ein Offener Brief fordert die Absetzung eines Vortrags wegen
BDS-Nähe der Referentin.
Die Veranstalter ziehen NICHT zurück!

Beispiel 3 Linda Martín Alcoff 2021



In einem offenen Brief fordern das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sowie der Verband Jüdischer Studierender Hessen (VJSH):
»Kein Israelboykott im Namen Adornos!«
Linda Martín Alcoff hat einen BDS-nahen Aufruf mit unterzeichnet und verfasste zusammen mit einer verurteilten PFLP-Terroristin einen Aufruf zu einer Frauen-Demo.

Die **Adorno-Vorlesung** Frankfurt am 29.6.-2.1.2021 fand dennoch statt. Das Institut für Sozialforschung distanzierte sich öffentlich von allen BDS-Zielen, sagte jedoch:

„Die in Teilen der Presse behauptete Parallele zum künstlerischen und politischen Desaster der documenta 15 verdankt sich der aktuellen medialen Stimmungslage und ist insofern eine freihändige Improvisation“.

Beispiel 4 documenta 15



Ein anonymmer Blog löst eine eskalierende Kette von Antisemitismusvorwürfen aus.

Beispiel 4 documenta 15 (2022)



- Am 10.12.2020 veröffentlicht die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“, der „Repräsentant*innen öffentlicher Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen“ angehören, einen Aufruf, der den BDS-Beschluss des Bundestages kritisiert, die BDZ-Ziele jedoch ablehnt.
- Auf <https://nothingchangeduntilfaced.com/de/> unterstützen Anfang 2022 1538 internationale Wissenschaftler*innen den deutschen „Weltoffenheits“-Aufruf unter der Bezeichnung „**Nothing Can Be Changed Until It Is Faced**“ und plädieren für eine “konfrontative Dialogkultur”.
- Die *documenta 15*-Initiatoren entdecken am 10.1.2022 einen anonymen Blog, in dem die Ausladung der Kurator*innen gefordert wird, weil diese dies Dokument unterzeichnet hätten. (In der Presse ist fälschlicherweise von BDS-Nähe die Rede.)
- Die Initiatoren setzen eine Diskussionsveranstaltung *We need to talk – Rassismus und Antisemitismus in Deutschland heute* für den 8.-22. Mai 2023 an.

Beispiel 4 documenta 15 (2022)



- Schuster vom Zentralrat protestiert am 7.5.2022 gegen diese „nicht ausgewogene“ Veranstaltung, weil er nicht eingeladen ist. Die Veranstaltung wird abgesetzt.
- In Folge eskaliert – bekanntlich - in der Presse der Kampf um künstlerische Freiheit, Empathie für Protestformen der Dritten Welt und die deutsche BDS-Brandmauer.
- Eröffnungsrede am 18.6.2022: Steinmeier „Ich will offen sein: Ich war mir in den vergangenen Wochen nicht sicher, ob ich heute hier bei Ihnen sein würde.“
- Der indonesische Banner *People's Justice* aus dem Jahr 2002 wird nach 24 Stunden abgenommen.
- WELT weiß am 13.7.2023, dass 84 *documenta*-Teilnehmer*innen BDS-nahe sind.
- 25.9.2022: die *documenta 15* geht in die Analen als „antisemitisches Desaster“ (Claudia Roth) ein, das sich nie wiederholen darf. Diverse (umstrittene) Aufarbeitungs-Kommissionen tagen – bis heute ohne überzeugendes Ergebnis.

Beispiel 4 documenta 15 (2022)



Erklärung von Taring Padi zum Abbau des Banners „People’s Justice“:

- Das 8 x 12 Meter große Banner *People’s Justice* wurde 2002 in Yogyakarta von zahlreichen Mitgliedern unseres Kollektivs erstellt. Es entstand vor dem Hintergrund der Lebensbedingungen, die wir unter einer Militärdiktatur erfahren hatten, in der Gewalt, Ausbeutung und Zensur an der Tagesordnung waren. Wie viele unsere Kunstwerke versucht das Banner, die komplexen Machtverhältnisse aufzudecken, die hinter diesen Ungerechtigkeiten stehen.
- Die von uns verwendete Bildsprache ist jedoch nie aus Hass gegen eine bestimmte ethnische oder religiöse Gruppe entstanden, sondern als Kritik an Militarismus und staatlicher Gewalt gedacht. Wir bedauern, dass wir eine mögliche Beteiligung der Regierung des Staates Israel so völlig unangemessen dargestellt haben – und entschuldigen uns aufrichtig dafür. Antisemitismus hat weder in unseren Gefühlen noch in unseren Gedanken einen Platz.
- Padi sagt, dass er erst auf der *documenta 15* erfahren haben, was BDS ist.
- Zur Beziehung Suharto/Indonesien zu Israel sagt Joseph Croitoru in *medico international*: „die Aufarbeitung steht erst am Anfang“, d.h. der „Mossad-Vorwurf“ ist nicht erwiesen.

Beispiel 5 Palästina-Demo Oldenburg 2023

Eine pro-palästinensische Demo wird zum „Schutz der öffentlichen Sicherheit“ von der Stadt verboten.



Beispiel 5 Palästina-Demo Oldenburg 2023

- 21.10. Die pro-palästinensische Demo auf dem Schlossplatz verläuft nach Polizeiaussage „friedlich ohne besondere Vorkommnisse“ (NWZ 23.10.).
- Auf Videos im Netz wird die Parole *From the river to the sea – Palestine will be free* entdeckt, die nach Polizeiangabe [damals] als verboten galt.
- Die als Gegen-Demo zu einer pro-israelischen Demo am Julius-Mosen-Platz angekündigte Demo am 28.10. wird daher am 26.10. von der Stadt verboten.
- Krogmann: „Für Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, für Hass und Hetze ist kein Platz auf unseren Straßen“.
- Der Vorsitzende der Palästinensischen Gemeinde Ahmad Washaha zieht seine Klage gegen das Verbot zurück und
- nimmt an der pro-israelischen Demo am 28.10. teil, um sich gegen die Hamas zu positionieren.

Beispiel 6 Macklemore auf Deichbrand 2025



„Es geht auch anders!“

Ein Veranstalter zieht NICHT zurück und lädt zur Diskussion mit Antisemitismus-Experten ein.

Beispiel 6 Macklemore auf Deichbrand 2025

- Der US-Rapper Macklemore soll Stargast des Deichbrand-Festivals sein.
- Macklemore wird „Antisemitismus“ vorgeworfen: in zwei Songs spricht er von „Völkermord“ in Gaza und in einem vergleicht er ein Kind aus Gaza mit einem aus dem Warschauer Ghetto.
- Die Festivalleitung besteht auf dem Auftritt und bittet, den niedersächsischen Antisemitismus-Beauftragten Gerhard Wegner als Beobachter und Diskutant mitzuwirken.
- Ein fünfköpfiges Expertenteam soll das Festival beobachten.
- Zudem soll Meron Mendel von der Anne-Frank-Stiftung Workshops durchführen.
- Macklemore soll eine anti-antisemitische Erklärung abgeben.
- Mendel (bereits bei der *documenta 15* aktiv) befürwortet den Auftritt, weil er den Vorwurf von „cancel culture“ befürchtet. Schuster widerspricht Mendel im Vorfeld.
- Der Auftritt läuft „nach Plan“ ab.
- Wegners Fazit: "Im Tonfall war es gemäßigt, aber insgesamt war es eine große propalästinensische Demonstration und eine einseitige Unterstützung der Hamas“. Es war von Gaza, aber nirgends vom Hamas-Überfall die Rede.

Beispiel 7 Böhmermann & Chefket



„... aber nicht immer!“



Kultur-Staatsminister interveniert wegen eines T-Shirts in einem Videoclip gegen das „linke“ Haus der Kulturen in Berlin.

Beispiel 7 Böhmermann & Chefket

- Böhmermann lädt ins Begleitprogramm einer Ausstellung den Rapper Chefket für den 7.10.2025 ein.
- Chefket ist eher ein Softi innerhalb der Rapper-Szene, er ist gegen „hate speech“ und besang auch die Koexistenz von Muslimen, Juden und Christen.
- Das Büro des Staatsministers Weimer entdeckt auf einem Videoclip Chefkets ein Fußball-T-Shirt, auf dem Palästina „from the river to the sea“ reicht.
- Der Zentralrat der Juden verurteilt den Auftritt, weil er am 7. Oktober stattfindet.
- Böhmermann und das Haus der Kulturen laden Chefket am 1.10.2025 aus.
- Alle vier weiteren Musiker*innen des Begleitprogramms sagen darauf hin ab.
- Selbst in ZEIT und Deutschlandfunk wird am 2.10.2025 der Vorgang kritisiert.
- 12.10.2025 Chefket schlägt die Einladung zu einem Nachholtermin aus.



Beispiel 8 Hamburg 2.10.2025



Ein interner Streit zwischen zwei jüdischen Gemeinden Hamburgs wird der Öffentlichkeit als „Antisemitismus“ präsentiert.

Beispiel 8 Hamburg 2.10.2025



- Zwischen der „liberalen“ und der „orthodoxen“ jüdischen Gemeinden Hamburgs gibt es seit Jahren einen Streit um die „Neutralität“ des Hamburger Antisemitismus-Beauftragten Stefan Hensel.
- Für die Wiederbesetzung im Oktober 2025 schlägt die liberale Gemeinde den Gegenkandidaten Eike Steinig zum bisherigen Amtsinhaber.
- Die Stadt setzt dennoch den Amtsinhaber ein.
- Die liberale Gemeinde klagt erfolgreich gegen dies Verfahren.
- Daraufhin tritt der Amtsinhaber am 1.10.2025 zurück mit der Begründung, dass er sich „zunehmend antisemitischen Anfeindungen“ ausgesetzt sieht.

Beispiel 9 Fallsammlung von RIAS

Plakatüberklebung als „antisemitischer Vorfall“.



Beispiel 9 Fallsammlung von RIAS

22.10.2024 Oldenburg

RIAS schreibt im Jahresbericht 2024:



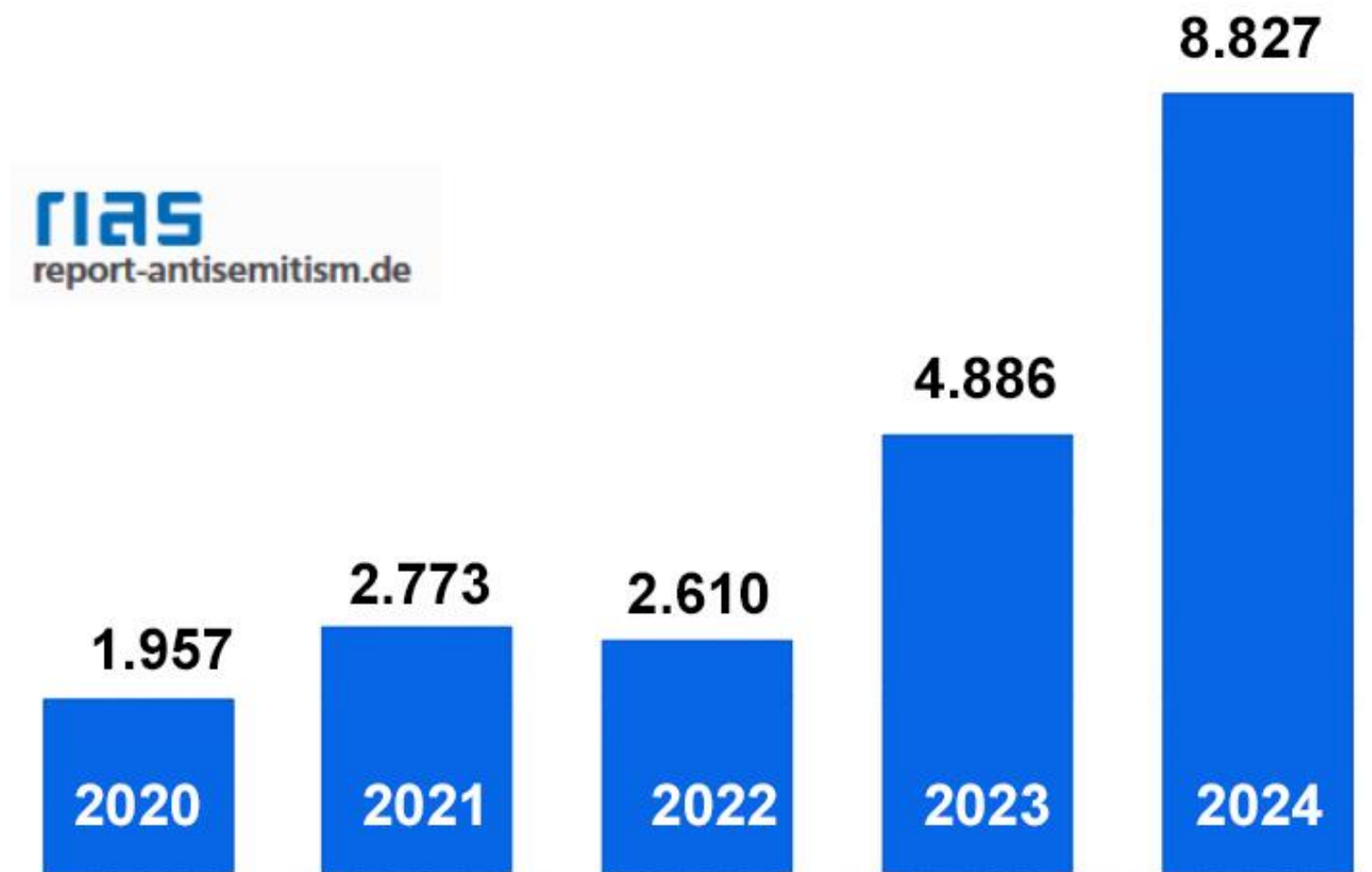
Ein Sticker mit der Aufschrift „VfB Oldenburg Fans gegen jeden Antisemitismus“ und einem Davidstern wurde von einem antiisraelischen Sticker der SDAJ überklebt. Der Sticker, der sich vermeintlich „nur“ gegen Israel richtet, wurde verwendet, um Aussagen gegen Antisemitismus unkenntlich zu machen. Der Vorgang macht deutlich, wie häufig antiisraelische Aussagen Anschluss an antisemitische Motive bieten. In einem solchen Narrativ wird bereits die Thematisierung von Antisemitismus abgelehnt, bekämpft oder eben überklebt.

Beispiel 9 Fallsammlung von RIAS

Nach RIAS ist die „Zunahme von Antisemitismus“ im Jahr 2024 auf „anti-israelischen Antisemitismus zurück zu führen.

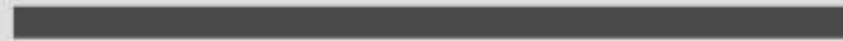


Bei RIAS gemeldete Antisemitische Vorfälle



israelbezogener Antisemitismus

52 % (2518)

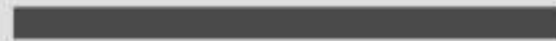


68 % (5857)



antisemitisches Othering

34 % (1648)

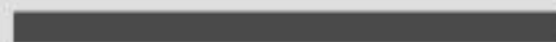


35 % (3045)



Post-Schoa-Antisemitismus

34 % (1677)

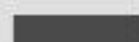


31 % (2717)



antijudaistischer Antisemitismus

8 % (402)

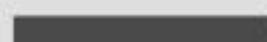


12 % (992)



moderner Antisemitismus

16 % (772)



10 % (866)

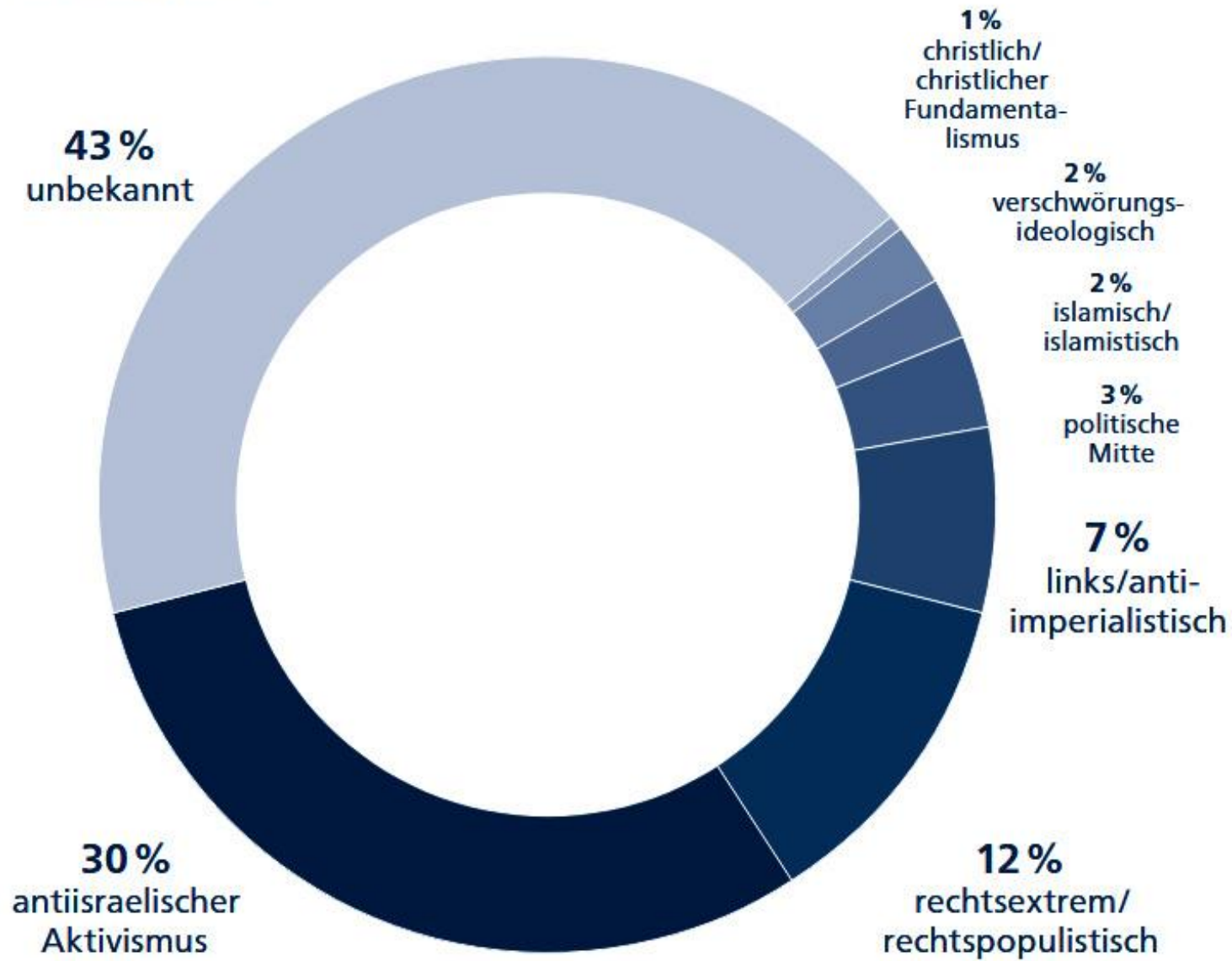


BRD ganz

2023 und 2024

Mehrfachnennungen

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund



Beispiel 9 Fallsammlung von RIAS

Zum **Antisemitismus nach dem 7. Oktober** schreibt RIAS:

„Die Nachwirkungen des 7. Oktober waren auch 2024 in Niedersachsen weiterhin spürbar. Das Massaker der Hamas und der Krieg zwischen Israel und Gaza schafften eine *Gelegenheitsstruktur*, die antisemitische Vorfälle begünstigte oder wahrscheinlicher machte. Diese Struktur ist nicht die *Ursache* für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern bietet lediglich einen Kontext dafür.“

RIAS geht - im Einvernehmen mit vielen Antisemitismusforscher*innen - davon aus, dass in Deutschland Antisemitismus „immer“ vorhanden war und ist und lediglich je nach „Kontext“ mehr oder weniger getriggert wird.

Ende